

„Egal wie: Es geht auf Kosten der Kinder“

Hanauer Anzeiger 07. April 2012

GEW-Kreisvorsitzender Heinz Bayer kritisiert Verordnungsentwurf der Landesregierung zur Inklusion heftig

Er gehört zu den größten Inklusionsbefürwortern, aber gleichzeitig auch zu den größten Kritikern der Pläne von Kultusministerin Dorothea Henzler: Heinz Bayer, Lehrer am Hessen-Homburg-Schulzentrum und Kreisvorsitzender der Lehrerergewerkschaft GEW. Im Interview mit HAMitarbeiter Aljoscha Grabowski erzählt er, was ihn an dem Verordnungsentwurf zur Inklusion am meisten nervt und welchen Traum er einst hatte.

Herr Bayer, ab dem kommenden Schuljahr kommt die Inklusion auch auf Hessen zu...

Heinz Bayer: „Das Schulgesetz, das etwas über die Inklusion aussagt, ist bereits im letzten Halbjahr in Kraft getreten. Das heißt, eigentlich läuft die Inklusion schon. Zumindest theoretisch. In der Regel gibt es aber zu einem Gesetz Ausführungsverordnungen, die die Details der Umsetzung regeln. Die alte Verordnung ist rein rechtlich gesehen ausgelaufen. Eine neue Verordnung gibt es noch nicht. Bisher gibt es lediglich Entwürfe und die sehen so aus, dass sich unsere Fußnägel kräuseln, wenn wir darin lesen. Sie sind grauenvoll aus unserer Sicht.“

Was sind Ihre Hauptkritikpunkte an den Entwürfen?

Bayer: „Den Wegfall von Klassenobergrenzen zum Beispiel. Oder die Vorschriften zur Einrichtung und zur Arbeit von Förderausschüssen. Das ist aus unserer Sicht eine ziemlich bürokratische Angelegenheit. Es geht viel Zeit verloren, die die

Lehrer besser für eine intensive Arbeit mit den Kindern verwenden sollten. Ein weiteres Beispiel: Das Kultusministerium hat die ursprüngliche Förderung, die wir beim Gemeinsamen Unterricht (GU) hatten, und die schon nicht ausreichend war, in seinen bisherigen Planungen noch weiter zurückgefahren. Demnach bekommt ein Kind maximal vier Stunden Förderung pro Woche. Beim GU waren es fünf bis zehn.“

Was hatten Sie sich denn von der Inklusion erhofft?

Bayer: „Mein Traum war es, dass alle Kinder – egal, ob behindert oder nicht behindert – in eine Grundschule kommen und dort gemeinsam gefördert werden. Wenn ein Kind Probleme hat, werden die Probleme gleich am Anfang beseitigt, so dass das Kind vernünftig weiterlernen kann und nicht ständig die verschiedensten Blockaden mit sich herumschleppt.“

Wie würde eine praktische Umsetzung von Inklusion denn im Idealfall aussehen?

Bayer: „In anderen Ländern wie in Finnland ist es so: Da sind die Klassen kleiner und da sind die verschiedensten Professionen wie Psychologinnen, Lehrer und Krankenschwestern an einer Schule und unterrichten, betreuen und fördern gemeinsam. Aus unserer Sicht gehören all diese Fachkräfte direkt an die Schule und nirgendwo anders hin. Doch stattdessen sieht das Gesetz bei uns in Hessen vor, dass es an den Förderschulen Beratungs- und Förderzentren gibt von denen die Fachkräfte bei Bedarf kurz eingeflogen werden. Das ist aus unserer Sicht kontraproduktiv.“

Ging da die Idee des gemeinsamen Unterrichts nicht schon in die richtige Richtung?

Bayer: „Für die paar Kinder, die in den Genuss gekommen sind, war der gemeinsame Unterricht eine Sache, mit der man arbeiten konnte. Einige Schulen haben gesagt, wenn wir genug GU-Kinder in einer Klasse haben, bekommen wir eine Doppelbesetzung. Pro Kind gab es fünf bis zehn Förderstunden. Das waren bei vier Kindern schon mindestens 20 Stunden, was bedeutet, dass meist zwei Lehrer da waren. Der eine regelt den normalen Unterricht, der andere schaut, wo Probleme sind und arbeitet die mit den Kindern auf. Dadurch, dass die Förderschullehrer fest an der Schule waren, war außerdem die Zusammenarbeit eine ganz andere. Die Schulen haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht und wollten das auch weiterbetreiben. Doch das wird momentan zerschlagen.“

„Die Schulen wissen gar nicht, wie sie laufen sollen“

Ist eine Inklusion, wie Sie sie sich wünschen, bei uns überhaupt bezahlbar?

Bayer: „Nein, mit den zur Zeit eingesetzten Mitteln nicht. Die OECD hat schon oft festgestellt, dass Deutschland die Mittel für Bildung stark erhöhen müsste. Und innerhalb Deutschlands liegt Hessen nochmal weit unten im letzten Drittel.“

Es fehlt also sowohl an personellen als auch an finanziellen Mitteln, zudem hat sich das Kultusministerium noch nicht geäußert, wie die Schulen die Inklusion tatsächlich umsetzen sollen.

Bayer: „Die Schulen befinden sich momentan in einem fast rechtsfreien Raum. Das staatliche Schulamt hält sich bisher zurück, weil es noch keine klare Ausführungsbestimmung vom Kultusministerium bekommen hat und deshalb nichts überstürzen will. Wann die neue Verordnung kommt, weiß allerdings noch niemand. Manche sagen nach den Osterferien, andere meinen, es dauert noch länger. Die Vorbereitungen für das kommende

Schuljahr laufen also und die Schulen wissen gar nicht, wie sie laufen sollen.“

Aber ist das nicht grob fahrlässig? Man kann doch kein Kind mit großem Förderbedarf an eine Schule schicken, die diese Förderung nicht bieten kann.

Bayer: „Aus meiner Sicht will die Landesregierung keine Inklusion. Sie hat ja einen Vorbehalt ins Gesetz geschrieben, dass die Schule ein behindertes Kind nur nehmen muss, wenn die personellen und sonstigen Voraussetzungen gegeben sind. Das heißt, da wird ein Menschenrecht unter Ressourcenvorbehalt gestellt.“

Theoretisch könnten Eltern ihr Recht einklagen.

Bayer: „Ich gehe davon aus, dass die Gerichte die Vorbehaltsregelung im Schulgesetz kippen werden. Denn das widerspricht eindeutig der UN-Konvention.“

Warum will die Landesregierung die Inklusion Ihrer Meinung nach nicht?

Bayer: „Im Moment bricht die Hauptschule weg. Wenn die Förderschule auch noch wegbräche, dann hätten wir nur noch Realschule und Gymnasium und das schreit danach, zusammengelegt zu werden. Was die Landesregierung da macht, ist der Versuch, das gegliederte Schulsystem auf Kosten der Inklusion zu verteidigen.“

Und die Arbeit und der Ärger bleiben am Ende an den Schulen hängen?

Bayer: „Das Ministerium denkt, die Schulen werden es schon richten. Wenn Eltern mit ihrem behinderten Kind zu einem Schulleiter kommen und diesem ihre Probleme schildern, wird der sicher ein weiches Herz kriegen und sagen 'Wir schaffen das schon irgendwie'. Das Ministerium hat ja eine Hintertür offen gelassen, dass die Schule das aus eigener Kraft schaffen kann. Wo es früher eine Obergrenze für die Klassengröße gab, kann die Schule heute davon abweichen. Der Schulleiter mit dem weichen Herz kann jetzt alle Kinder mit Förderbedarf in eine Klasse stecken und dafür die Parallelklassen deutlich vergrößern. Das widerspricht zum einen dem Inklusionsgedanken, zum anderen macht es unser jahrelanges Bestreben nach kleineren Klassen zunichte. Egal wie: Es geht auf Kosten der Kinder. Und das ist das Schlimme.“ (ag/bac)



„Aus meiner Sicht will die Landesregierung keine Inklusion“: der Kreisvorsitzende der Lehrerergewerkschaft GEW, Heinz Bayer. Foto: Privat